



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft der Regionalisierungsmittel

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes unverzüglich einzuleiten und dabei eine notwendige Finanzausstattung i.H.v. rd. 7,1 Mrd. € (Basisjahr 2002) zugrunde zu legen. Die bereits jetzt geltende Dynamisierung, d.h. die Anpassung der Mittelausstattung an die Umsatzsteuerentwicklung ist beizubehalten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in Verhandlungen mit der Bundesregierung auf eine angemessene Mittelausstattung zu bestehen und diese Forderung insbesondere im Bundesratsverfahren durchzusetzen.

Begründung:

Die Bereitstellung von Regionalisierungsmitteln durch den Bund bildet die Grundlage für den gesamten Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein, wie auch in den anderen Ländern. Mit Hilfe dieser Mittel ist es möglich, eine Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahverkehrsleistungen sicherzustellen. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden hierdurch weitgehend ausgeschöpft. Die Unternehmenspolitik der DB AG lässt befürchten, dass es künftig weitere Angebotskürzungen im Fernverkehr geben wird, die z.T. durch Nahverkehrsangebote aufgefangen werden müssen. D.h. der Mittelbedarf hierfür wird weiter steigen.

Vor diesem Hintergrund sind die Pläne des Bundesfinanzministers, die den Ländern zustehenden Regionalisierungsmittel im Rahmen der anstehenden Revision auf 6,54 Mrd. € zu begrenzen und eine Dynamisierung ganz zu streichen, nicht zu akzeptieren.